



Fraktionsgeschäftsstelle
Rathausplatz 2
58507 Lüdenscheid

Tel.: 02351 / 9665870

kontakt@afd-fraktion-luedenscheid.de
www.afd-fraktion-luedenscheid.de

Fraktionsvorsitzender
Thomas Staubach

stellv. Fraktionsvorsitzender
Bastian Eichhoff

Fraktionsgeschäftsführer
Damijan Kaufman

An:
Herrn Bürgermeister Sebastian Wagemeyer

Lüdenscheid, 19.02.2026

Antrag zur Aufnahme des Tagesordnungspunktes

„Unterbringung und Versorgung von Obdachlosen in Lüdenscheid“

für den Ausschuss für Soziales, Senioren und Demographie am 10.03.2026 und die Stadtratssitzung am 20.04.2026.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Lüdenscheid beantragt die Aufnahme des o.g. Tagesordnungspunktes zur Beratung im Ausschuss für Soziales, Senioren und Demographie und Beschlussfassung in der Stadtratssitzung.

Beschlussvorlage:

Der Bürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, welche Immobilien bereitgestellt werden können, die in kaltebedingten Akutsituationen zeitweilig als Nachtsyl genutzt werden können.“

Der Bürgermeister wird beauftragt, freistehende Immobilien in lebensbedrohlichen Kältesituationen für Obdachlose zur Verfügung zu stellen um den Schutz dieser schwachen Gruppe der Gesellschaft vor Schaden an Leib und Leben zu sichern.

Begründung:

In dem Artikel „Keine Hilfe mehr für Obdachlose: Entscheidung der Stadt sorgt für Verärgerung“ auf come-on.de vom 17.01.2026 wurde die Situation von Obdachlosen in Lüdenscheid in Anbetracht winterlicher Temperaturen beleuchtet und die begrenzte Kapazität der Stadt zur Unterbringung von Obdachlosen angesprochen. Konkret wurde auf das fast volle Obdachlosenheim Helenenhöhe und auf die Warteraum am Bahnhof eingegangen. Letzterer sei nach kurzer Zugänglichkeit für Obdachlose wieder geschlossen worden, da dieser Raum hierfür „nicht vorgesehen sei“. Hierüber war Verärgerung und eine Diskussion entstanden, die erfreulicherweise dazu führte, dass der genannte Rückzugsort Obdachlosen wieder zugänglich gemacht wurde.

Die AfD-Fraktion betrachtet die Lage der Obdachlosen in Lüdenscheid als mittelbare, sich kommunal niederschlagende Folge verschiedener bundespolitischer Verfehlungen, die von der Bundestagsfraktion der AfD seit Jahren thematisiert werden und letztendlich auf kommunaler Ebene unter anderem in mangelnden Wohnraum-Kapazitäten Ausdruck finden: praktisch nicht stattfindende Ausweisung illegal o. unberechtigt in Deutschland aufhältiger Personen, eine unzulängliche Umsetzung der Regelungen des Dublin-Abkommens, die mutmaßliche Verweigerung der Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte ggü. einer Unterbringung von Flüchtlingen entsprechend dem Proximitätsprinzip (Näheprinzip) auf der Grundlage bilateraler Abkommen mit deutscher Unterstützung in sicheren, heimatnahen Regionen/Nachbarstaaten, unzulängliches Vorankommen im Bereich des Wohnungsbaus wie auch das stetige Vorantreiben multifaktorieller finanzieller Belastungen der Bürger mit sozialem Abstieg, einer drohenden Verarmung oder gar dem Existenzverlust und der Obdachlosigkeit als Folge.

Auch wenn die oben beschriebene akute Problemsituation vor Ort vorerst gelöst werden konnte, besteht das Grundproblem an sich nach Ansicht der AfD-Fraktion weiterhin fort: Die Kapazitäten des Obdachlosenheims sind am Limit, Ausweichkapazitäten oder sonstige Zufluchtsstätten stehen allem Anschein nach nicht oder nur in sehr begrenztem Maße zur Verfügung, was besonders bei strenger Kälte für die Betroffenen zu schlimmstenfalls lebensbedrohlichen Situationen führen kann.

Nach den Angaben aus dem come-on-Artikel „Ab 2025: Bezahlkarte für Flüchtlinge kommt auch in Lüdenscheid“ vom 21.11.2024 stehen in Lüdenscheid hunderte von freistehenden Wohneinheiten in unmittelbarem städtischem Zugriff zur Verfügung. In dem Artikel ist konkret von 268 freien Plätzen in Übergangsheimen und von 236 Plätzen in Notunterkünften zur Erstunterbringung die Rede. Die genannten Zahlen mögen nicht ganz aktuell sein, doch zeigen sie eine Größenordnung von grob 450 potenziellen Unterbringungsplätzen auf.

Gegenüber dem Bürger, dem Steuerzahler und dem mitfühlenden Mitmenschen erscheint es der AfD-Fraktion nicht vermittelbar, dass einerseits Flüchtlinge oder gar Personen ohne Aufenthaltsrecht unter Inkaufnahme erheblicher finanzieller Aufwendungen auf dem privaten Wohnungsmarkt in Wohnungen untergebracht und auch sonst umfassend versorgt werden, jedoch im krassen Gegensatz dazu notleidenden Obdachlosen in einer akuten Notlage angesichts von Minustemperaturen und schlimmstenfalls unter Inkaufnahme von Erfrierungstoten der Zugang zu Warteräumen verweigert wurde, während andererseits zahlreiche Wohnungen freistehen.

gez. Staubach

RH Thomas Staubach
AfD-Fraktionsvorsitzender

gez. Eichhoff

RH Bastian Eichhoff
AfD-stellv. Fraktionsvorsitzender

gez. Kaufman

RH Damijan kaufman
AfD-Fraktionsgeschäftsführer